



Hauptausschuss

10. Sitzung (öffentlich)

23. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei, Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag von Verena Schäffer (GRÜNE) den ursprünglich geplanten TOP 4 „Heißer Herbst: Hilfe gegen Hass und Hetze“, Antrag Drucksache 18/1666 sowie TOP 7 „Schriftliche Anhörung Stiftungsgesetz NRW – StiftG NRW“, Gesetzentwurf Drucksache 18/1921, heute nicht aufzurufen.

1 Aktueller Umsetzungsstand der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen – Schwerpunkt: Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement (s. Anlage 1)

6

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1049

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

Hauptausschuss

23.03.2023

10. Sitzung (öffentlich)

lb

- 2 Vorstellung Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW – Perspektiven, Ziele, Vernetzungsmöglichkeiten (s. Anlage 2) 12**
– Gespräch mit Dr. Silke Eilers, Stephanie Krause und Jochen Beuckers, Sprecherteam NBE NRW
- 3 Wie sieht die Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung aus? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 22**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1035
– Wortbeiträge
- 4 „Heißer Herbst“: Hilfe gegen Hass und Hetze 26**
Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1666
– wird nicht behandelt
- 5 NRW ist keine Räterepublik: „Bürgerräte“ und andere demokratisch nicht legitimierte Beteiligungsgremien auf Eis legen 27**
Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3310
– abschließende Beratung und Abstimmung
– Wortbeiträge
Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.
- 6 Gesetz zur Zustimmung zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des WDR-Gesetzes (20. Rundfunkänderungsgesetz) 28**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3063

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD zu.

7 Schriftliche Anhörung Stiftungsgesetz NRW – StiftG NRW 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1921

Schriftliche Anhörung:
Stellungnahme 18/374
Stellungnahme 18/377
Stellungnahme 18/384
Stellungnahme 18/386
Stellungnahme 18/398
Stellungnahme 18/399
Stellungnahme 18/401

– wird nicht behandelt

8 Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag 2021 30

Vorlage 18/924
Drucksache 18/3425

– Wortbeiträge

9 Verschiedenes 32

Der Ausschuss einigt sich auf die Durchführung einer Obleute-
runde am 30. März 2023, 15:00 Uhr. Dort soll über Termine im
Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen gesprochen
werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag von Verena Schäffer (GRÜNE) den ursprünglich geplanten TOP 4 „Heißer Herbst: Hilfe gegen Hass und Hetze“, Antrag Drucksache 18/1666, sowie TOP 7 „Schriftliche Anhörung Stiftungsgesetz NRW – StiftG NRW“, Gesetzentwurf Drucksache 18/1921, heute nicht aufzurufen.

1 Aktueller Umsetzungsstand der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen – Schwerpunkt: Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement (s. Anlage 1)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1049

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) berichtet:

Ich freue mich, dass wir heute zu dem Thema „Engagement“ ausführlich berichten können. Bevor wir Ihnen die Landesservicestelle präsentieren, will ich kurz ein paar Punkte vorweg stellen, die auch Sie vielleicht interessieren. Sie wissen, dass die Engagementstrategie 2021 mitten in Coronazeiten nach dem Kabinettsbeschluss ans Laufen gekommen ist. Damals ging es um vier zentrale Punkte, die jetzt viel mehr brummen, als dies vor zwei Jahren im Lockdown der Fall war.

Für das Engagement haben wir zum einen das Programm „2.000 × 1.000“. Damit kann man 1.000 Euro für engagierte Projekte bekommen, die über die Kreise und die kreisfreien Städte ausgereicht werden. Das wird sehr rege in Anspruch genommen. Unter dem Stichwort „Gemeinschaft gestalten – engagierte Nachbarschaft leben“ konnte man sich um 1.000 Euro bewerben. Wir haben inzwischen das Verwendungsjahr abgeschlossen und konnten in diesem Zeitraum 1.600 Anträge bewilligen. Man kann also viel auch mit kleinem Geld machen, es muss nicht immer das große Geld sein.

Wir haben auch für 2023 wieder aufgerufen und machen jetzt unter dem Stichwort „Zukunft gestalten – nachhaltiges Engagement fördern“ weiter. Da liegt der Fokus speziell auf diesem Thema. Sie wissen, wie kreativ unsere Engagierten sind. Denen fällt meistens zu jedem Stichwort auch ein guter Antrag ein.

Der zweite große Punkt in der Engagementstrategie ist das Thema „Qualifizierung“. Wir wollen sicherstellen, dass Engagierte ihren Qualifizierungsbedarf möglichst kostengünstig oder sogar kostenfrei decken können. Dafür haben wir entsprechende Vereinbarungen mit Weiterbildungsakademien, mit Volkshochschulen und Familienbildungsstätten, aber auch mit dem Landessportbund oder mit der Akademie des Handwerks geschlossen. Die Förderphase läuft aktuell bis September 2023. Wir haben mit insgesamt 15 Bildungsträgern Kooperationen. Das umfasst ein Volumen von 1,4 Millionen Euro, das für die Qualifizierung der Engagierten zur Verfügung gestellt wird. Da werden viele Workshops gemacht. Sehr gut werden nach wie vor auch die digitalen Angebote angenommen. Es gibt eben beides, digitale und auch Präsenzangebot.

Das Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement überspringe ich, denn wir haben ja unter TOP 2 Gelegenheit, uns darüber ausführlicher zu unterhalten, sodass wir jetzt zur Landesstelle für das Engagement kommen.

Es sind auch einige Damen und Herren anwesend, die Ihnen auf Detailfragen antworten können.

Wir möchten Ihnen vorstellen, wie die Landesserviceestelle arbeitet, was sie für einen Auftrag hat und wie sie aufgebaut ist. Was sind die dortigen Kommunikationswege und wie ist der aktuelle Stand? Und wir möchten Ihnen einen Ausblick auf 2023 und 2024 geben.

Unser Pflichtenheft, unsere Engagementstrategie, haben wir so konzipiert, dass es eine zentrale Anlaufstelle auf Landesebene gibt und Engagierte dort unterstützt werden und Orientierung erhalten können und Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Verbände andocken können, wenn sie Fragen haben. Wir wollen damit die Engagierten entlasten, weil wir während der Erarbeitung der Strategie gemerkt haben, dass viele nicht in Bürokratie ersticken möchten, wenn sie sich engagieren. Sie wollen dann bei den Menschen sein und nicht zu viel Zeit damit verbringen, Förderprogramme durchzuschauen. Diese Aufgaben versuchen wir den Leuten abzunehmen.

Sie sehen auf der nächsten Seite den Aufbau. Es gibt eine Projektleitung und fünf Mitarbeitende. Wir haben das so dezentral ausgeschrieben, dass wir in jedem Regierungsbezirk ein Teammitglied haben. Sie können im Homeoffice arbeiten und müssen nicht – außer vielleicht einmal im Monat zu einer Teambesprechung – in die Staatskanzlei kommen. Die arbeiten dezentral und können auch in ihrem Regierungsbezirk vor Ort wirken. Das ist eine gute Sache, denn sie kennen sich dort aus, wo sie leben.

Insgesamt haben sie die Aufgabe, die Beratungs- und Unterstützungsangebote zu verstärken, die man überall in dem ganzen Netzwerk des Ehrenamts in NRW findet. Aber sie haben auch eine Mittlerfunktion. Die sollen das Wissen möglichst zentral vorhalten. Sie vermitteln also auch vor allen Dingen Fördermöglichkeiten. Wer einmal versucht hat, bei EFRE oder ERASM durchzusteigen, der weiß, wie schnell selbst wir mit unserem hauptamtlichen Personal scheitern. Das ist für Engagierte natürlich nicht anders. Da versuchen wir zu helfen.

Zu den Kommunikationswegen gibt es ein Portal. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich Sie für den Newsletter einzutragen. Der ist nie langweilig, sondern hält die Dinge für Sie parat, die Sie auch brauchen. Wir haben ein Engagementportal, wir haben einen Engagement-Newsletter, und es gibt auch Flyer.

Die E-Mail-Beratungen gibt es seit 2022 und die Servicehotline erst seit September 2022. Wir hatten über 630 Anfragen mit 700 Anliegen. Es ist durchaus erlaubt, dass Sie uns verlinken oder Bürgerinnen und Bürger sowie Engagierte auf dieses Angebot aufmerksam machen. Wir haben natürlich viele Anfragen zu den vier Punkten, die wir eben vorgestellt haben, zur Qualifizierung sowie zum Förderprogramm „2.000 x 1.000“. Das ist ja logisch, dass all das, was unser Auftrag ist, von den Leuten auch nachgefragt wird. Ansonsten müssten wir unseren Auftrag ändern.

Wir haben auch Veranstaltungsreihen aufgelegt, zum Beispiel konkret zum Energiesparen. Unsere Vereine haben natürlich auch vereinseigene Immobilien und sind genauso von den energetischen Fragen betroffen wie jeder andere auch. Da haben wir dann geschaut, wie wir denen das nahebringen können, und haben entsprechende Videoreihen konzipiert. Wir haben auch alle Vorträge aufbereitet. Die kön-

nen immer noch nachgelesen werden. Insgesamt hatten wir über 9.000 Anfragen und Klicks zu diesen ganzen Angeboten. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und wir werden auch so weitermachen.

Wir werden uns innerhalb der Engagementlandschaft zum Thema „Weitere Umsetzungen und Fortschritte“ weiter austauschen. Ich selber war vor zwei Tagen bei der Jahrestagung der lagfa zu Gast. Wir versuchen – ich glaube, das können wir beidseitig sagen – immer miteinander im Gespräch zu bleiben, um auch zu schauen, wo die Reise hingeht, wo wir uns neu aufstellen müssen, wo es vielleicht verändernde Schwerpunkte gibt, auf die wir reagieren. Und das tun wir – ich glaube, das kann man so sagen – gemeinsam zwischen Landesregierung und der Engagementlandschaft.

Wir erstellen die Themenseiten möglichst aktuell und haben einen kleinen Ausblick für 2023 und 2024 gewagt. Natürlich werden diese digitalen Veranstaltungsreihen fortgesetzt. Wir schauen uns an, welche Rechtsthemen es gibt, die noch zu klären sind: Was ist mit dem Datenschutz? Was ist mit Haftungsfragen? Auch so etwas wird immer sehr gerne angenommen. Und wir schauen natürlich auch, ob wir die Social-Media-Auftritte noch ein bisschen verbessern können.

Antje Grothus (GRÜNE) gratuliert der Staatssekretärin Milz zu der tollen Unterstützung der Ehrenamtlichen vor Ort, die unglaublich viel leisteten.

Zu dem Förderprogramm „Zukunft gestalten – nachhaltiges Engagement fördern“ frage sie nach den bei der Antragstellung angelegten Kriterien; schließlich könne „Nachhaltigkeit“ im Sinne eines Verstetigens, aber auch im Sinne der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie bzw. des Sustainable Development Goals, SDGs, interpretiert werden.

In Bezug auf die Landesservicestellen führe die Landesregierung auf, mit welchen zahlreichen Organisationen sie kooperiere, auch im Hinblick auf ökologische Nachhaltigkeit oder auf das Thema „Energiesparen“. Sie interessiere, welche Schnittstellen in dieser Hinsicht zu dem MUNV und dem MWIKE beständen.

Der Vorlage entnehme er, so **Dirk Wedel (FDP)**, eine Mittelbereitstellung in Höhe von insgesamt 3,6 Millionen Euro. Von der Landesregierung wolle er wissen, ob aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln noch weitere Mittelabflüsse zu erwarten seien, und wenn ja, wofür.

Hinsichtlich des Förderprogramms „2.000 x 1.000“ sei anscheinend über 140 Einträge noch nicht entschieden worden. Der Landesregierung stelle er die Frage, ob sich dies noch in Bearbeitung befinde.

Laut der Ministerin beziehe sich der mit der Vorlage gegebene Bericht lediglich auf Projekte des Referats „Bürgerschaftliches Engagement“. Er frage, ob die Landesservicestelle einen Gesamtüberblick über alle Projekte sowohl innerhalb der Landesregierung als auch außerhalb verfüge.

Sven Wolf (SPD) hält das Vorhandensein von Ansprechstellen für das ehrenamtliche Engagement für sehr wichtig und dankt insofern der Staatssekretärin für deren Aktionen im Sinne der Förderung.

Von der Landesregierung wolle er wissen, welche Anträge seitens der Ehrenamtlichen tatsächlich als förderfähig bzw. als nicht förderfähig angesehen würden.

Alle Abgeordneten hätten sicherlich in ihren Wahlkreisen von den hohen Belastungen der Ehrenamtler gehört. Er bitte darum, konkrete Beispiele zu nennen, wo eine aktive Begleitung der ehrenamtlichen Projekte aus Sicht der Landesregierung sinnvoll erscheine.

Klaus Esser (AfD) nimmt Bezug auf Seite 5 der Vorlage, wo die Personalstärke der Landesservicestelle aufgeführt wird: neben der Projektleitung fünf dezentral arbeitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Landesregierung frage er, ob der dezentrale Einsatz bzw. Schlüssel einer Person pro Regierungsbezirk sich mit Blick auf die unterschiedliche Größe der fünf Regierungsbezirke bewährt habe.

Dirk Wedel (FDP) spricht Seite 13 der von der Staatskanzlei eingebrachten Bildschirmpräsentation an, wo die Servicezeit der Landesservicestelle für dienstags von 12:00 bis 14:00 Uhr angegeben werde. Er bitte hierzu um genauere Erläuterungen.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) antwortet beziehungsweise auf Dirk Wedel, die Staatskanzlei habe 2021 bei Einführung der Engagementstrategie 24 Millionen Euro für vier Jahre erhalten. Die Mittel stünden ausschließlich für die Umsetzung der Engagementstrategie zur Verfügung.

Die telefonischen Servicezeiten hätten aufgrund persönlicher Umstände bzw. aufgrund der Abgänge einiger Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter noch etwas reduziert werden müssen. Sie hoffe künftig auf eine personelle Verstärkung der Landesservicestelle. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern handele es sich um Vollzeit-Arbeitskräfte, die über die Telefonsprechzeiten hinaus natürlich noch andere Tätigkeiten wahrnehmen.

Im Komplex Ehrenamt habe die Staatskanzlei zwar einen übergeordneten Auftrag, sei aber thematisch nicht bei jedem Ehrenamt involviert, so etwa nicht in den Bereichen „Schöffenwahlen“, „Hospiz“, „Schulpflegschaftssitzungen“ und „Jugendhilfe“, die alle von anderen Ressorts betreut würden, welche über das Personal und Mittel dafür verfügten.

Natürlich finde ein Austausch unter den Ressorts auch im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe statt. Allerdings falle diese nicht in den Zuständigkeitsbereich der Landesservicestelle. Informationen über notwendigerweise ressortübergreifend zu beratende Themen seien der Staatskanzlei allerdings immer willkommen. So habe die Staatskanzlei beispielsweise zum Thema „Energiehilfen“ eine Veranstaltungsreihe abhalten, bei der es darum gegangen sei, die über 120.000 Vereine in Nordrhein-Westfalen zu beraten. Das bei der Staatskanzlei angesiedelte Referat habe natürlich einen größeren Überblick über bestimmte Themen als andere Bereiche.

Bei der nächsten Ausschreibung für die neuen Kolleginnen und Kollegen der Landes-
servicestelle werde wohl nicht mehr so stark nach Regierungspräsidien ausgeschrie-
ben, sondern landesübergreifend. Viele Dinge könnten heute online bzw. per Video
abgewickelt werden, sodass nicht mehr so entscheidend sei, wer sich wo befinde. Al-
lerdings gelte dies natürlich nicht für die Freiwilligenagenturen vor Ort, bei denen eine
regionale Präsenz gefragt sei.

Den Mitarbeitenden der Servicestelle habe man gerade die gute Nachricht überbringen
können, dass deren Verträge bis Ende 2027 verlängert würden. Die Landesregierung
habe den festen Willen, das Engagement weiterhin entsprechend zu begleiten.

MR Andreas Kersting (Staatskanzlei) erläutert, die interministerielle Arbeitsgruppe
zum bürgerschaftlichen Engagement treffe regelmäßig zusammen, um sich mit für das
bürgerschaftliche Engagement zuständigen Kolleginnen und Kollegen auszutauschen
und um über Projektstände zu berichten. Dies schaffe auch Synergieeffekte.

Auf ihrer Internetseite [engagiert-in-NRW.de](https://www.engagiert-in-NRW.de) veröffentliche die Staatskanzlei regelmä-
ßig Informationen über verschiedene Themen, etwa auch über das Schöffenamt. Auch
die Landesservicestelle werde in spezifische Fragestellungen der einzelnen Ressorts
einbezogen.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) fragt, inwiefern die Landesservicestelle zum Thema
„Schöffen“ in Kontakt mit dem Justizministerium stehe. Das Land brauche schließlich
nicht jede Person im Schöffenamt, sondern es müsse darauf geachtet werden, dass
Schöffen auf dem Boden des Grundgesetzes ständen.

MR Andreas Kersting (Staatskanzlei) antwortet, die Landesservicestelle informiere
über solche Themen und unterstütze die entsprechenden Ressorts.

ORR Alexander Rettig (Staatskanzlei) erläutert hinsichtlich des Programms „2000 x
1.000“, dieses sei sehr offen angelegt, damit möglichst viele Projekte und Maßnahmen
davon profitieren könnten. Die Kreise und Kreisfreien Städte prüften als Bewilligungs-
behörden, ob das jeweilige Thema des Jahres mit einem Antrag getroffen werde und
ob der Antrag in den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements falle.

Das Programm sei nun eingegrenzt worden auf ökologisch nachhaltige Projekte. Als
Beispiele seien dazu etwa Repair Cafés, eine Nachhaltigkeitsberatung für Vereine,
Food-Sharing-Angebote sowie das Aufstellen und Pflegen von Insektenhotels oder
Blühstreifen angeführt worden bzw. dies stellten die typischen Bereiche dar, für welche
Mittel abgerufen würden.

Die von Dirk Wedel angesprochene Differenz der Zahlen des vergangenen Jahres
seien auch in der Staatskanzlei aufgefallen. Zur Prüfung dessen würden noch ab-
schließende Verwendungsnachweise erwartet. Eventuell tauchten noch Dopplungen
im System auf. Außerdem hätten die Bewilligungsbehörden mit der Bearbeitung noch
bis Mitte des Jahres 2023 Zeit. Erst dann könnten alle Fragen in diese Richtung be-
antwortet werden.

Daniel Hagemeier (CDU) bedankt sich bei der Staatssekretärin Milz für deren Bemühungen im Bereich „Engagement“. Bürgerschaftliches Engagement, das Ehrenamt, müsse als tragende Säule der Gesellschaft betrachtet werden. Politisch gelte es zu überlegen, wo Rahmenbedingungen verbessert werden könnten, welche Programme in der Vergangenheit erfolgreich gewesen seien und wo nachjustiert werden müsse.

Aus vielen Rückmeldungen wisse er, dass auch im Münsterland das Förderprogramm „2.000 x 1.000“ sehr gut angekommen sei. Es müssten nicht immer große Beträge bewegt werden, sondern letztendlich zählten Wertschätzung und Unterstützung.

Vorsitzender Klaus Vossemer schließt sich dem Dank an alle Beteiligten und an Staatssekretärin Milz an. Er wünsche weiterhin viel Erfolg bei der Umsetzung des hervorragenden Programms.

2 Vorstellung Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW – Perspektiven, Ziele, Vernetzungsmöglichkeiten (s. Anlage 2)

- Gespräch mit Dr. Silke Eilers, Stephanie Krause und Jochen Beuckers, Sprecherteam NBE NRW

Vorsitzender Klaus Vossemer: Die Sprecherinnen und Sprecher des Hauptausschusses haben vereinbart, die Engagementstrategie der Landesregierung zum Schwerpunkt der heutigen Sitzung zu machen und Engagierte aus den Initiativen zu einem Expertengespräch einzuladen.

Ich begrüße in unserer Mitte die Geschäftsführerin des Westfälischen Heimatbundes, Frau Dr. Silke Eilers, die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Nordrhein-Westfalen, Frau Stephanie Krause, und den Sprecher der Steuerungsträger der Programmträger „Engagierte Stadt“ in NRW, Herr Jochen Beuckers, aus dem Sprecherteam des Netzwerkes bürgerschaftliches Engagement NRW sehr herzlich. – Schön, dass Sie da sind.

Sie hatten am 4. Dezember 2021 eine Netzwerk-Auftaktveranstaltung, über die Sie gleich sicherlich berichten werden. Mehr als 50 landesweit tätige Gruppen, Organisationen und Institutionen, die mit Engagierten arbeiten und die für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement landesweit relevant sind, haben sich zwischenzeitlich zusammengeschlossen.

Dr. Silke Eilers (Sprecherteam Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW): Zunächst möchte ich mich ganz herzlich – auch im Namen von Frau Stephanie Krause und Herrn Jochen Beuckers – für die Einladung in den Hauptausschuss des Landtages bedanken.

Wir freuen uns sehr über die Möglichkeit, das Netzwerk bürgerschaftliches Engagement noch etwas näher vorstellen zu können, und wir freuen uns insgesamt über das Interesse an diesem Thema, das für unser Land sehr wichtig ist.

Ich starte mit einer kleinen Einführung in die Thematik. Im Anschluss besteht die Gelegenheit, Fragen an uns drei zu richten, die wir Ihnen sehr gerne beantworten.

(Es wird eine Bildschirmpräsentation gezeigt; Folie 1 [s. Anlage 2])

Die Grundlage für das Netzwerk bürgerschaftliches Engagement bildet die Engagementstrategie für das Land NRW. Dazu haben wir vorhin schon den Bericht der Landesregierung von Frau Staatssekretärin Andrea Milz und Ihrem Team zum Thema „Pflichtenheft“ gehört.

Im Rahmen des breit angelegten, partizipativen Beteiligungsprozesses zur Erarbeitung der Strategie sind ganz unterschiedliche Bedarfe zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements formuliert worden. Es sind daraufhin neun Handlungsfelder definiert worden. Dabei ist immer wieder die Verbesserung von Informations- und Beratungsstrukturen, die Stärkung von Koordination und Vernetzung sowie der Wunsch nach möglichst unbürokratischen Förderverfahren und ergänzenden Angeboten zur Aus- und Weiterbildung für Engagierte benannt worden.

Seitens der Landesregierung sind vier Projekte definiert worden: die Einrichtung der Landesservicestelle – davon haben wir vorhin schon ausführlich gehört –, das Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ zur Kleinstförderung, was im Land sehr gut angenommen wird, die Förderung von Qualifizierungsangeboten für Engagierte und auch die Finanzierung eines landesweiten Netzwerkes für bürgerschaftliches Engagement.

Bei Letzterem handelt es sich um kein Konstrukt. Vielmehr ist das Netzwerk von unten erwachsen und wird aus dem Engagement heraus organisiert.

Am 4. Dezember 2021 war es endlich soweit: Das Netzwerk wurde offiziell aus der Taufe gehoben, coronabedingt auf digitalem Wege. Am 7. September 2022 konnte das NBE NRW in diesem Hause im Rahmen eines gemeinsamen Festaktes mit dem Landtag und der Staatskanzlei feierlich der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Wir sind sehr dankbar für die vielfältige Unterstützung, die wir für dieses Projekt erfahren. Die Landesregierung hat den Gründungsprozess des NBE NRW aktiv begleitet und unterstützt es über eine 100-Prozent-Förderung mit bis zu 200.000 Euro pro Jahr.

Der Landtagspräsident, Herr Kuper, hat im Rahmen des Festaktes im Landtag angekündigt, den weiteren Austausch des Netzwerkes zu begleiten, wann immer es erforderlich ist. Es freut uns sehr, dass wir von Verwaltung und Politik eine solche Unterstützung erfahren.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Voussem, wird bei der in Kürze anstehenden Vollversammlung des Netzwerkes ein Grußwort sprechen. Dies ist eine wirklich sehr schöne und erfreuliche Entwicklung.

(Folie 2)

Sie werden sich vielleicht fragen, warum es ein weiteres Netzwerk braucht. Sicherlich gibt es viele Netzwerke, aber dieses Netzwerk ist etwas Neues, etwas Besonderes. Wir können mit Fug und Recht sagen: Es ist etwas Einzigartiges in NRW.

Warum? Erstmals in der Geschichte ist es in unserem Land gelungen, einen unabhängigen und spartenübergreifenden Zusammenschluss aller Engagierten auf den Weg zu bringen. Dieser deckt tatsächlich alle Sparten ab.

Wir hatten vorhin schon etwas über das Thema „Schwierigkeiten bei der Trennung der Ressorts“ gehört. In Bezug auf das Netzwerk haben sich hingegen alle gemeinsam auf den Weg gemacht, um es mit Leben zu füllen. Über die Jahre gab es immer wieder Ansätze, so etwas umzusetzen, doch nun ist es tatsächlich geglückt und wir können sagen: Der Prozess war erfolgreich.

Es geht einmal nicht um Partikularinteressen. Diese werden von den Netzwerk-Mitgliedern bewusst zurückgestellt. Vielmehr soll es darum gehen, gemeinschaftlich und auch kontinuierlich als Netzwerk der Netzwerke etwas für das freiwillige Engagement in diesem Land zu erreichen, und zwar als Sprachrohr, das dem Engagement eine starke öffentliche Stimme verleiht.

Sie werden sich fragen, wie das gelingen kann. Es kann gelingen, indem die lokale, die regionale und die Landesebene miteinander vernetzt werden. Deshalb haben wir

auch bewusst keine engere formale Struktur wie etwa einen eingetragenen Verein gewählt, um möglichst vielen Playern die Möglichkeit der Mitgliedschaft zu geben.

Das Netzwerk soll nicht abgehoben über den Dingen schweben, sondern es ist aus dem Engagement selbst erwachsen und verbindet die bestehenden Strukturen von der Basis bis auf die Landesebene. Das ist aus unserer Sicht wirklich eine ganz große Chance, bieten doch der gemeinschaftliche Erfahrungsaustausch und Ideentransfer der beteiligten Akteurinnen und Akteure die Möglichkeit, voneinander und miteinander zu lernen.

In den unterschiedlichen Organisationen und Initiativen ist landauf landab natürlich schon sehr viel Expertise vorhanden. Wir starten nicht bei null. Diese Expertise gilt es jetzt nutzbar zu machen und wechselseitig davon zu profitieren. Da sind wir bei dem Kerngedanken des Netzwerkes: Es handelt sich um ein Arbeitsnetzwerk. Es ist also bewusst so angelegt, dass die Mitglieder sich aktiv gestaltend einbringen und nicht etwa nur passiv konsumieren. Jeder ist angehalten, seinen Möglichkeiten entsprechend mitzuwirken und die Jahresplanung mitzugestalten, respektvoll und transparent.

(Folie 3)

Ein Netzwerk ist natürlich nichts ohne seine Mitglieder, und das Interesse an einer Mitgliedschaft ist groß. Alle sind sehr motiviert. Mittlerweile – wir haben vorhin die Zahl 50 gehört – sind es sogar fast schon 70 Organisationen aus den Bereichen „Sport“, „Kultur“, „Wohlfahrtspflege“, „Kirchen“, „Stiftungen“ sowie „kommunale Verwaltungen“ und „Staatskanzlei“, die die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet haben und mitwirken möchten. Es sind Stakeholder von landesweiter Relevanz; das Spektrum ist wirklich breit gefächert.

Auf der am 19. April anstehenden zweiten Vollversammlung des Netzwerkes – das zentrale Gremium – im Fußballmuseum Dortmund kommen ganz frisch noch einige Interessenten hinzu, die wir in die Reihe der Mitglieder aufnehmen können.

(Folie 4)

Zum Stichwort „Arbeitsnetzwerk“. Zielsetzung ist es also, die Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam umzusetzen und auch weiterzuentwickeln. Dies ist ganz wesentlich, denn bei der Umsetzung der Strategie sind alle gefordert. Frau Milz hatte im Laufe des Prozesses bereits gesagt, dies könne die Verwaltung alleine nicht schaffen. Es braucht das bürgerschaftliche Engagement, es braucht die Verwaltung, es braucht aber auch die Politik.

(Folie 5)

Wie arbeiten wir? Es gibt das siebenköpfige, multiprofessionelle Sprecher*innen-Team, von dem wir drei heute abgesandt sind. Das Team spiegelt die Vielfältigkeit des Netzwerkes wider. Wir kommen aus unterschiedlichsten Bereichen, beispielsweise aus dem Landessportbund, dem Landesmusikrat, der lagfa, „Engagierte Städte“, dem Westfälischen Heimatbund, auch die Kirchen sind vertreten. Allein im Sprecher*innen-Team wird ein breites Spektrum abgedeckt.

Diese Gruppe wird von der Vollversammlung für zwei Jahre gewählt und vertritt das Netzwerk nach innen und außen. Einige Mitglieder des Teams haben sich schon sehr

intensiv in den Prozess der Entwicklung der Engagementstrategie eingebracht. – Wenn ich nach rechts schaue, sehe ich zwei sehr engagierte Mitglieder, die diesen Prozess schon sehr lange begleiten.

In den vergangenen Monaten haben wir uns sehr häufig physisch und digital getroffen, um das Netzwerk – wie man so schön sagt – ans Laufen zu bekommen. Stichworte sind hierbei: die Antragstellung für die Landesförderung, die Einrichtung und personelle Besetzung einer Geschäftsstelle, damit das Ganze funktioniert und umgesetzt werden kann, die Konzeption der Jahresplanung, die „Koordination von ersten Formaten und Veranstaltungen und natürlich auch das nähere Kennenlernen der diversen Mitgliedsorganisationen. Es gilt, vielfältige Gespräche zu führen und sich näher abzustimmen.

(Folie 6)

Das Netzwerk wird regelmäßig moderierte Regionalveranstaltungen in der gesamten Fläche des Landes durchführen. Geplant ist, mindestens zweimal jährlich an wechselnden Orten zusammenzukommen. Zielgruppe sind alle engagierten Initiativen, Vereine und Träger bürgerschaftlichen Engagements vor Ort. Ein wesentlicher Bestandteil ist, Belange, Ideen und Vorstellungen der lokalen Ebene in das Netzwerk einzubringen und die regionale Vernetzung zu ermöglichen.

Sie selbst kennen aus Ihren Wahlkreisen die unterschiedlichsten Bedarfe und Wünsche der lokalen Ebene. Die Treffen sollen die Möglichkeit bieten, sich auszutauschen, sich kennenzulernen und diese Bedarfe zu kommunizieren.

Angelehnt an die in der Engagementstrategie definierten Handlungsfelder sind Arbeitsgruppen vorgesehen, die sich idealerweise aus Netzwerk-Mitgliedern, interessierten Vertreter*innen und Aktiven des Engagements vor Ort sowie gegebenenfalls auch aus externen Fachleuten zusammensetzen.

Maximal sieben Gruppen sind permanent vorgesehen, fünf haben sich bereits gebildet und sind aktiv. Diese befassen sich ergebnisorientiert mit den Themen „Entbürokratisierung“ – da haben wir ein ganz dickes, aber auch ein ganz wichtiges Brett zu bohren –, „lokale Vernetzung“, „biografiebegleitendes Engagement“, „Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt“ und „Teilhabe für alle“. Natürlich gibt es auch zwischen den Gruppen Schnittstellen und Querbezüge.

Um Ihnen das etwas anschaulicher zu machen, gebe ich Ihnen gerne ein Beispiel aus der Gruppe „Entbürokratisieren, rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Förderung engagementfreundlich gestalten“, in der Frau Krause und auch ich selbst aktiv sind. Dort haben wir schon ganz konkret verschiedene Arbeitspakete geschnürt.

So wird sich etwa eine Gruppe der Fördergeber in der Mitgliedschaft des NBE regelmäßig treffen, um auszuloten, wo Entbürokratisierung im Bereich der Förderung bereits ermöglicht wird, wo es gute, übertragbare Beispiele gibt, von denen auch andere Fördergeber lernen und profitieren können, welche Möglichkeiten darüber hinaus bestehen und welche Grenzen es in der Fördergebung gibt.

In einem weiteren Schritt soll die Kommunikation über die Fördergeber im Netzwerk hinaus ausgeweitet werden, weshalb wir zum Beispiel gerne auch mit den Bezirksregierungen ins Gespräch kommen möchten.

Auch das Thema „vorhandene, gute Handreichung für Engagierte und Vereine aus dem NBE“ steht auf der Agenda. Wir prüfen derzeit, in welcher Weise so etwas zusammengetragen und praktikabel zur Verfügung gestellt werden kann, denn es muss nicht unbedingt jede Organisation das Rad mit öffentlichen Mitteln neu erfinden. Es gibt schon viele wertvolle Broschüren, Checklisten usw., die über die eigene Organisation hinaus vielleicht nicht bekannt sind.

Wir möchten einen spartenübergreifenden Wissenstransfer sicherstellen und prüfen derzeit Umsetzungsmöglichkeiten. Wir haben auch Schnittmengen mit der Landesservice-stelle abgeklopft. Es ist wichtig, im Austausch zu sein, denn auch dort sollen Beratung und Service angeboten werden. In dieser AG ist ebenso die Staatskanzlei ein Mitglied. Das ist ein ganz großer Vorteil, denn dort können wir gemeinsam an den Themen arbeiten. Herr Kesting aus dem Referat „Bürgerschaftliches Engagement“ der Staatskanzlei, der in der Gruppe vertreten ist, kann die Dinge in die schon angesprochene interministerielle Arbeitsgruppe hineinragen, sodass die Themen dort angelandet werden können.

(Folie 7)

Zielsetzung ist es, bürgerschaftliches Engagement gemeinsam zu fördern, mit dem Wunsch, mittel- und langfristig dort Strukturverbesserungen zu erzielen, wo es erforderlich ist. Mit Blick auf die Politik wünschen wir uns dafür ein partnerschaftliches Verhältnis und einen kontinuierlichen Austausch, um das für unsere Gesellschaft und das Gemeinwohl so wesentliche freiwillige Engagement in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Ihnen in die Zukunft zu entwickeln.

Dazu bedarf es der Suche nach tragfähigen Lösungen, der beratenden Einbeziehung in engagementpolitische Willensbildung und Entscheidungsfindung sowie auch der Möglichkeit einer gemeinsamen Strategieentwicklung. Das würden wir uns für die Zukunft wünschen.

Bevor wir in die Fragerunde starten, lade ich Sie ganz herzlich zu unserem geplanten parlamentarischen Frühstück am 3. Mai in diesem Hause ein. Dann werden wir noch einmal vertieft in Themen einsteigen können. Wir sind sehr dankbar, dass uns der Landtagspräsident diese Möglichkeit gibt.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vorsitzender Klaus Vossemer: Frau Dr. Eilers, herzlichen Dank für diesen engagierten Bericht.

Daniel Hagemeier (CDU): Frau Dr. Eilers, vielen Dank für Ihren Bericht.

Ihrem Wunsch nach einem partnerschaftlichen Verhältnis mit der Politik kommen wir natürlich gerne entgegen. Das sehen wir eins zu eins wie Sie. Dass Sie das parlamentarische Frühstück am Rande der Plenarsitzungswoche im Mai ausrichten, ist sehr

schön. Ich gehe davon aus: Abgeordnete aus diesem Ausschuss werden zahlreich erscheinen.

Gibt es bei der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Herangehensweise einen Unterschied zwischen ländlichen Räumen und städtischen Regionen?

Es besteht eine – in der Öffentlichkeit häufig zitiert – Krisenverdichtung. Sehen Sie besondere Akzente, die gemeinsam mit der Politik gesetzt werden müssen, um das bürgerschaftliche Engagement gerade in Krisenzeiten weiter zu stärken? Müssen wir nach drei Jahren Coronapandemie an besondere Dinge denken?

Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene wollen wir für bürgerschaftliches Engagement gewinnen. In vielen Bereichen gehen geburtenstarke Jahrgänge in den Ruhestand, und irgendwann scheiden gerade auch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und der Vereinsarbeit viele aus, die 20, 30 Jahren in Amt und Würden gewesen sind und nun sagen: Jetzt sollen es mal die Jüngeren machen. – Muss Politik vielleicht auch daran denken, besondere Akzente zu setzen, um junge Erwachsene und Jugendliche für bürgerschaftliches Engagement gewinnen zu können?

Verena Schäffer (GRÜNE): Vielen Dank für die Vorstellung des Netzwerkes.

Es ist total spannend und wichtig, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und zu vernetzen. Viele Landesorganisationen von der AWO über den Frauen- sowie den Kulturrat bis hin zum Landessportbund und NABU sind Mitglied des Netzwerkes und bringen schon sehr professionelle Strukturen mit.

Frau Eilers, Sie haben gesagt, dass Sie Regionaltreffen durchführen wollen, um eine lokale Perspektive einzubringen. Bei den großen Verbänden und Strukturen ist eine Vernetzung sicherlich sinnvoll, aber wir sollten gerade auch kleinere, lokale Initiativen darin stärken, ihr Engagement ausüben zu können. Könnten Sie dazu etwas sagen?

Vom Landesjugendring NRW über den BDKJ bis hin zur Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW, vom Sport bis zum Naturschutz decken Sie eine große Bandbreite an Themen und Strukturen ab. Inwiefern sind Sie aktiv auf der Suche nach neuen Mitgliedsverbänden?

Es fällt auf, dass die Migrantenselbstorganisationen noch nicht so stark eingebunden oder abgebildet sind. Das soll keine Kritik sein. Inwiefern sprechen Sie diese Organisationen konkret an?

Sven Wolf (SPD): Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich herzlich für Ihren Vortrag, Ihr Engagement und den Aufbau dieses Netzwerkes.

Der erste Ansprechpartner für viele Ehrenamtler befindet sich vor Ort in den Kommunen. Wenn Ehrenamtler nicht weiterwissen, melden sie sich zunächst beim Bürgermeister, in den größeren Kommunen beim Bezirksbürgermeister und bitten um Hilfe.

Ihre gute Arbeit könnte über die Kommunen weitergetragen werden. Denn eine große Gruppe der Ehrenamtler besteht aus denjenigen, die teilweise gut vernetzt in Gemeinden und Stadträten arbeiten und Kontakte zu anderen Ehrenamtlern haben. Diese

Menschen könnte man für Ihr Netzwerk begeistern. Daher meine Frage: Wie werden die Kommunen mit eingebunden?

Dirk Wedel (FDP): Ich schließe mich dem Dank im Namen meiner Fraktion sehr gerne an.

Es ist sehr beachtlich und verdient großen Respekt, in welchem kurzem Zeitraum eine große Beteiligung erreicht worden ist und dass viele sehr wichtige Akteure in dieses Netzwerk eingebunden werden konnten.

Meine Fragen knüpfen an die Arbeitsweise des Netzwerkes an. „Netzwerk“ heißt zunächst einmal, dass man sich untereinander vernetzt, ein Informations- und Gedankenaustausch untereinander stattfindet. Inwieweit ist das Netzwerk auch Ansprechpartner für Außenstehende, für Dritte? Inwieweit ergänzt es die Angebote der Landes-servicestelle?

Sie sind dabei, in den fünf Arbeitsgruppen bestimmte Dinge zu erarbeiten. Was passiert mit dem Output? Auf welchen Kanälen und wohin werden die Arbeitsergebnisse eingespeist, um gegebenenfalls Veränderungen anzustoßen? Ich nehme an, dass dies alles noch erarbeitet werden muss, aber es muss ja eine Zielvorstellung geben.

Dr. Silke Eilers (Sprecherteam Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW): Ich gebe Ihre Fragen an meine Kollegen weiter, damit diese auch etwas Inhaltliches beitragen können.

Stephanie Krause (Sprecherteam Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW): Wir haben an einer Stelle etwas tiefgestapelt: Das Netzwerk ist nicht nur landesweit einzigartig, sondern auch bundesweit ein Vorbild. Einen herzlichen Dank dafür, dass es gelungen ist, Verwaltung so stark mit einzubinden und wir die Chance hatten, so ein Netzwerk zu gründen.

Herr Hagemeier, Sie haben nach den Unterschieden zwischen dem ländlichen und dem urbanen Raum gefragt. Wir erleben schon seit vielen Jahren, dass sich Engagement dort deutlich unterscheidet. Es gibt im ländlichen Raum andere Anlaufpunkte, es gibt auch andere Vernetzer, die es vor Ort braucht.

Wir haben in einer gemeinsamen Studie festgestellt, dass Anlaufstellen im ländlichen Raum, die gut vernetzen können, Feuerwehren und Sportvereine sind. Engagement – zumindest in NRW – ist dort meistens sehr stark ausgeprägt. Es gibt nur unterschiedliche Player. Je urbaner es wird, desto größer wird auch die Bandbreite. Aber beispielsweise auch in Essen braucht man Anlaufpunkte.

Beide Varianten müssen wahrgenommen, berücksichtigt und bespielt werden, daher auch der Ansatz der Regionalkonferenzen. Was wird jeweils vor Ort gebraucht? Im urbanen Raum in Köln, in Bonn oder hier in Düsseldorf ist es ganz anders als in Rahden oder Minden.

Zum Thema „Krisen“, Herr Hagemeier. Ich bin eine Expertin für Krisen geworden.

(Heiterkeit von Daniel Hagemeier [CDU])

Corona, Flüchtlingswelle, Hochwasser – es braucht die Leute, die bereits vor Ort vernetzt arbeiten können und die wissen, wie Engagement gelingen, wen man schnell ins Boot holen und wie man vorhandene Strukturen effektiv nutzen kann, um in Krisen schnellstmöglich reagieren zu können. Dazu ist eine unterstützende Struktur notwendig, ob das nun Kommunen oder die lokalen Anlaufstellen – C32/33 in der Engagementstrategie – sind.

Die Krisen waren sehr unterschiedlich, weshalb es auch unterschiedliche Ansätze gab. Wahrgenommen haben wir insbesondere den Wandel im Engagement. Wir haben immer von einem Wandel im Engagement, der kommen wird, gesprochen. Wir werden nicht mehr die Vorsitzenden finden, die 40 Jahre lang auf ihrem Posten bleiben. Wir werden nicht mehr die Schöffen finden, die ihr Amt 25 Jahre lang ausführen.

Das haben wir kommen sehen. Durch Corona ist darauf ein Brennglas gelegt worden. Dieser Wandel, den auch einige unserer Mitglieder weit weggeschoben haben, ist deshalb deutlich schneller gekommen, als wir alle das erwartet haben. Es gilt nun, gute Strategien zu finden: Wie gehen wir damit um, was braucht es bei Vereinsvorsitzenden an neuen Ideen, neuen Modellen?

Wir könnten über die Grenze in die Niederlande schauen und würden das eine oder andere lernen können, wenn wir es denn wollten.

Zu Ihrer Frage nach den Mitgliedern, Frau Schäffer. Wenn ich niemanden übersehen habe, sollten hier insgesamt fünf Mitglieder im Raum sein. Wir sind erstens ein Arbeitsnetzwerk, das heißt, dass wir miteinander arbeiten. Und wir sind zweitens ein Netzwerk der Netzwerke. Daher rührt auch der Ansatz, im Regionalen das Wissen, die Wünsche und die Bedürfnisse abzuholen und auf die Landesebene mitzunehmen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die im Netzwerk tätigen Akteure auch landesweit oder zumindest überregional aktiv sind.

Der Westfälische Heimatbund würde nicht für sich in Anspruch nehmen, landesweit, zumindest aber deutlich überregional aktiv zu sein.

Frau Schäffer, Migrantenselbstorganisationen sind ein Thema für uns, das wir oft diskutiert haben. In der Steuerungsgruppe zum Entwicklungsprozess der Strategie war zwar der Sprecher des Integrationsrates immer dabei. Wir wissen jedoch, dass wir dort noch mehr Nachholbedarf als in anderen Bereichen haben. Wenn Sie einen Tipp für uns hätten, wo wir ein überregionales Netzwerk genau aus diesem Bereich finden könnten, wären wir sehr dankbar.

Herr Hagemeier, junges Engagement ist ein Thema, das uns alle schon eine ganze Weile beschäftigt. Wie schaffen wir es, die vorhandenen Wege und das Verständnis von Engagement, das in alten Traditionen anders ist, als man es heutzutage erlebt, miteinander in den Dialog zu bringen?

Im Rahmen der Strategieentwicklung gab es eine Regionalkonferenz, an der ganz viele junge Menschen aus dem Sport teilgenommen haben. Dadurch entstand eine ganz andere Dynamik. Wir müssen also schauen, wie wir es schaffen, diese Perspektive mehr einzubinden, um die Wünsche dieser Menschen abzugreifen. Das Potenzial

ist da. Keine Studie besagt, dass junge Menschen sich weniger engagieren. Sie engagieren sich einfach anders und werden dadurch auch anders gesehen.

Jeder von uns hat Wege gefunden. Wir als lagfa haben ein Projekt zum Thema „junges Engagement“ mit eigenen Ansätzen. Der Westfälische Heimatbund hatte ebenfalls ein solches Jahresthema, um noch einmal ganz bewusst darauf zu schauen.

Zum Thema „Output“, Herr Wedel. Es kann nur gemeinsam gelingen. Genau deshalb sind wir ja auch hier. Wir wissen: Egal, was wir erarbeiten, ohne Sie wird es nicht funktionieren.

Jochen Beuckers (Sprecherteam Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW):

Zum Charakter dieses Netzwerkes stehen einige Fragen im Raum, auf die ich noch einmal eingehen möchte.

Frau Krause hat ein Beispiel genannt. Die lagfa hat eine tolle Idee, wie man junges Engagement fördern kann. Die AWO hat vielleicht eine ganz andere Idee, wie man ein Bildungsprogramm aufsetzen kann. Die Kirchen haben vielleicht eine gute Struktur gefunden, wie sie Nachfolgeregelungen organisieren.

Unser Interesse im Netzwerk ist es, diese Erfahrungen, Kompetenzen und Modelle, die anderswo gelebt werden, nicht nur für die einzelnen Organisationen sichtbar zu machen, sondern gemeinsam zu denken und auch in die anderen Organisationen weiterzutragen.

Das ist ein ganz wichtiger Paradigmenwechsel. Sie kennen das alle von der Logik von Förderprogrammen: Jemand stellt einen Antrag für eine Qualifizierungsmaßnahme, erhält Geld und setzt diese für seine Mitglieder um. Das ist eine gute Idee. Die Mitglieder sind geschult, aber die daraus erwachsenden Erkenntnisse brauchen wir auf einer ganz anderen Ebene, um andere Organisationen ebenfalls zu unterstützen.

Es ist eine wichtige Haltung, die wir haben. Ebenso wichtig ist es, nicht zu sagen: Wunderbar, wir haben jetzt die großen Player eingesammelt, treffen uns zu einer Vollversammlung und haben auch ein nettes Grußwort. – Vielmehr geht es darum, was vor Ort passiert. Dort spielt die Musik, dort ist die Arbeit. Von dort müssen wir die Gedanken und Ideen auf die Landesebene transportieren.

Bei unseren Mitgliedern erfordert dies eine Offenheit dafür, diese Strukturen von der regionalen Ebene in die Landesebene zu denken und zwar über die Organisation hinaus. Sie merken gerade, welch riesiges Brett wir bohren.

Es ist toll, dass so viele sagen: Ja, das wollen wir. – Das ist das Neue, wodurch die Engagement-Landschaft hier in Nordrhein-Westfalen ganz anders aufgestellt werden kann.

Herr Wolf, Sie haben eben die Rolle der Kommunen angesprochen. Auf der lokalen Ebene sind die Kommunen ein zentrales Thema. Ich spreche jetzt gerade für „Engagierte Städte“. Die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Kommunen ist für uns ein Kernthema. In diesem Landesnetzwerk zeigt sich auch dadurch, dass wir die Staatskanzlei als Mitglied mit an Bord haben, besonders gut: Wir denken über die Sektoren hinaus.

Wir brauchen auch auf der lokalen Ebene die Zusammenarbeit von allen. Es kann nicht sein, dass Vereine nur auf der kommunalen Ebene an Fragestellungen herangehen und dafür Unterstützung von den Städten haben möchten. Wir müssen stattdessen ein Geben und Nehmen erwirken. Das erwarten mittlerweile viele Bürger von uns.

Wandelt sich Engagement? Ja, es wandelt sich. Wir merken das alle, nicht nur in der Flüchtlingshilfe, nicht nur in den Nachbarschaftshilfen nach der Coronazeit. Es sind viele Menschen aktiv, die sich einbringen und ein gewisses Maß an Verantwortung übernehmen möchten. Dafür brauchen sie Anlaufstellen vor Ort, um thematisch das zu bekommen, was sie brauchen.

Das sind die wichtigsten Dinge, die wir auf der Agenda haben. Wir haben diese – ich habe sie in Papierform mitgebracht – wunderbare Engagementstrategie. In diesem Prozess haben wir bereits für die kommenden Jahre vorgedacht und Dinge zusammengetragen. Diese Maßgabe müssen wir nun abarbeiten. Es werden sicherlich weitere Aspekte hinzukommen.

Wenn wir es gemeinsam schaffen – also Zivilgesellschaft, staatliche Strukturen und Politik –, uns an diesem Handlungsrahmen zu orientieren und unsere Themen gemeinsam zu setzen, dann werden wir für dieses Land eine Menge erreichen. Deswegen gibt es dieses Netzwerk.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. – Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses ganz herzlich für Ihr Erscheinen, Frau Dr. Eilers, Frau Krause, Herr Beuckers.

Nehmen Sie den Dank auch mit an Ihr Sprecherinnenteam, das die Arbeit gemeinsam mit Ihnen weiter fortführt. Ich persönlich freue mich auf Ihre Jahreshauptversammlung am 19. April und auf das parlamentarische Frühstück bei uns im Hause, wo wir den Dialog fruchtbringend fortsetzen können.

(Beifall von allen Fraktionen)

3 **Wie sieht die Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung aus?** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1035

Sven Wolf (SPD): Danke für den Bericht, den wir zur Kenntnis genommen haben. Ich will vorneweg die Frage stellen, wo denn der Leiter der Landeszentrale ist. Ich hoffe, es geht ihm gut und er ist nicht erkrankt. Ich hatte gehofft, dass wir auch ihm ein paar Fragen stellen können. Bitte auch im Namen meiner Fraktion herzliche Grüße an Herrn Dr. Hitze.

Wir hatten sehr konkrete Fragen gestellt, die aber in dem Bericht zum Teil leider nicht beantwortet worden sind. Deswegen möchte ich vertiefend fragen: Wie sieht ganz konkret die Weiterentwicklung aus, zum Beispiel bei der Stärkung der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus? Ich glaube, das treibt uns alle um.

Wir haben vor einiger Zeit hier im Ausschuss einen sehr klugen Vortrag von Frau Lamberti gehört, wo wir sehr intensiv über die verschiedenen Krisen, die sich gegenseitig abwechseln, gesprochen haben. Diese führen dazu, dass Gesellschaften fragil werden. Wie können wir als Gesellschaft, als demokratische Akteure einen Beitrag leisten, um die Gesellschaft zu stabilisieren? Das ist eine wichtige Aufgabe, und da sehe ich als einen der zentralen Akteure auch die Landeszentrale für politische Bildung.

Gibt es Überlegungen, die Landeskoordinierungsstelle aus den Strukturen der Landeszentrale auszugliedern? Falls es diese Überlegungen gibt, haben Sie sich in der Landesregierung mit Sicherheit gute Gedanken gemacht, warum man diesen Wechsel in der Struktur vollziehen möchte? Welche konkreten Arbeits- und Strukturaufgaben will man dann bei der Extremismus-Präventionen umsetzen?

Beantwortet wurde auch nicht die Frage nach der mobilen Beratung. Dazu fand ich zumindest in der schriftlichen Stellungnahme keine Antwort.

Ich weiß, dass es hier üblich ist, dass wir uns einmal im Jahr das gesamte Programm der Landeszentrale vorstellen lassen. Was planen Sie in der Landeszentrale für das Jahr 2023? Welche Projekte sind vorgesehen? Es wäre ganz hilfreich, wenn wir dazu ein paar Eckpunkte mal vorgestellt bekämen, weil wir sie auch weitertragen können. Ich sehe uns in der Verpflichtung, gemeinsam als Parlament solche Dinge auf den Weg zu bringen.

Sie haben angekündigt, dass die Arbeit der Landeszentrale künftig durch einen Beirat unterstützt werden soll. Dann nennen Sie Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Gruppen, aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Mir fiel auf, dass das Parlament nicht genannt ist. Es ist nicht beabsichtigt, das Parlament einzubeziehen.

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich muss sagen, dass ich bei einigen Punkten, lieber Sven Wolf, etwas irritiert war. Über die Frage der Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen haben wir beim letzten Mal gesprochen. Wir hatten ja den Evaluations-

bericht und haben hier auch schon Dinge beraten. Dann haben wir meines Erachtens gemeinsam besprochen, dass wir diesen Bericht noch mal aufgreifen wollen, um ihn auszuwerten.

Ich meine, dass in der Obleuterunde dazu auch schon über einen konkreten Termin gesprochen wurde. Ich war beim letzten Mal krankheitsbedingt leider nicht anwesend. Dort ist aber auch schon über Termine geredet worden. Insofern sehe ich es als Aufgabe unseres Ausschusses an, dass wir genau diese Diskussion führen.

Damit eng verbunden ist der Aspekt der Arbeit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, die wir mit dem Haushalt 2023 finanziell besser ausgestattet haben. Wir haben im parlamentarischen Verfahren zusätzliche Gelder für die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus vorgesehen, um diese Arbeit weiter zu stärken. Ich finde aber, dass wir die Frage nach der zukünftigen Arbeit und der weiteren Stärkung im Rahmen der Auswertung der Evaluation besprechen müssen.

Folgendes hat mich ebenfalls ein bisschen irritiert: aus einem parlamentarischen Selbstverständnis heraus die Frage über die zukünftige finanzielle Ausstattung der Landeszentrale für politische Bildung. Das ist letztendlich eine Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers. Das sind wir als Parlament. Das ist eine Entscheidung, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Landeshaushalt 2024 gemeinsam treffen müssen. Es sei schon darauf hingewiesen, dass wir mit dem letzten Haushalt, also mit dem Haushalt für das Jahr 2023, bereits eine Stärkung vorgesehen haben.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Den Termin haben wir für den 11. Mai auch schon vereinbart. Das ist ja allen bekannt, auch aus der letzten Obleuterunde. Insofern ist das für die übernächste Sitzung schon fest terminiert. Für alle weiteren Fragen steht Ihnen selbstverständlich die Staatssekretärin Frau Türkeli-Dehnert zur Verfügung.

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW): Zunächst zu Ihrer Eingangsfrage, warum der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung nicht da ist. Heute bin ich da, heute ist der Abteilungsleiter, Herr Dr. Baumgarten, da. Darin sehen Sie, was für einen Stellenwert die Landeszentrale für politische Bildung bei uns im Haus hat. Wir sind hier auf höchster Ebene vertreten. Im Übrigen ist Herr Dr. Hitze heute gar nicht im Dienst. Ich sitze hier und beantworte Ihnen gerne alle Fragen. Frau Schäffer ist schon auf einige eingegangen. Vielleicht kann ich das noch mal zusammenfassen.

Ich glaube, wir sind uns hier im Kreis darüber einig, dass die Landeszentrale sehr wichtig ist für die Landesregierung, aber auch für den parlamentarischen Raum. Sie spielt eine wichtige Rolle, wenn es um unsere demokratischen Werte geht, wenn es darum geht, Wissen zu vermitteln. Sie haben das so zutreffend formuliert: Die Landeszentrale ist ein wichtiger Ort, an dem wir natürlich auch darüber sprechen, wie unser Zusammenleben in Zukunft aussieht: Was sind unsere demokratischen Werte und wie schützen wir diese?

Der Bereich „Extremismusprävention“ ist sehr wichtig innerhalb der Arbeit der Landeszentrale. Das sehen Sie auch daran, dass wir zum Beispiel den Bereich der Beratung, die mobile Beratung, aber auch die anderen Beratungsstellen, durch 600.000 Euro,

die sie zusätzlich erhalten sollen, gestärkt haben. Die mobile Beratung fällt unter das Themenfeld „Beratungsstrukturen“. Wir werden, wie Sie, Herr Vorsitzender, schon gesagt haben, am 11. Mai noch einmal hier in dieser Runde zusammenkommen. Ich freue mich sehr, dass Sie ein Expertengespräch dazu anberaumt haben, damit wir vertieft über die Frage, wie Beratungsstrukturen aussehen müssen, und über das Ergebnis der Evaluation sprechen können.

Sie sagten, dass Ihnen Vieles nicht konkret genug war. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass wir über die Evaluation mit Ihnen, mit dem Parlament ins Gespräch kommen wollen. Wir wollen mit den Akteuren ins Gespräch kommen. Ich selbst habe am 6. April in Wuppertal einen Termin mit einer Beratungsstelle. Darüber hinaus wird es auf Fachebene bei uns im Haus am 20. April einen Austausch mit den Beratungsstellen geben. Das sind natürlich die Akteure, um die es geht, und mit denen muss man ins Gespräch kommen, wenn man im Haus weitere Planungen in dem Bereich macht.

Wir wollen grundsätzlich die Landeszentrale darin bestärken, die Themen, die sie momentan bearbeitet, vielleicht mit einem stärkeren Fokus auf jüngere Zielgruppen, aber auch auf Digitalisierung auszurichten. Das ist auch der Grund, warum wir im Haushalt 2023 von Ihnen und vom Haushaltsgesetzgeber dafür zusätzliche Mittel bekommen haben.

Was den Beirat anbelangt, gibt es da noch keine konkreten abgeschlossenen Überlegungen. Wir sind gerade dabei, ein Konzept zu erstellen, wie dieser Beirat aussehen kann. Natürlich denken wir auch darüber nach, die demokratischen Fraktionen in diesem Haus alle in diese Überlegungen einzubeziehen. Wir sind jederzeit bereit, uns mit Ihnen im Hinblick auf diese Planungen noch einmal auszutauschen. Der 11. Mai ist ein gutes Datum, um genau das zu tun.

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank für die Erläuterungen. Mir ist, ehrlich gesagt, sowohl nach der Beantragung als auch nach dem schriftlichen und auch nach dem mündlichen Bericht, der ja insbesondere nach Zuständigkeitsfragen, Zuständigkeitsstrukturen fragt ... Ich möchte das erweitern auf organisatorische Fragen, also zum Beispiel auf Fragen nach dem Aufgabenbestand, nach dem Aufbau- und der Ablauforganisation der Landeszentrale für politische Bildung. Gibt es Überlegungen seitens der Landesregierung, irgendwelche Veränderungen im Bereich der Zuständigkeiten, der Aufgaben, der Aufbau- und Ablauforganisation der Landeszentrale für politische Bildung herbeizuführen? Das ist mir, ehrlich gesagt, aus den ganzen Ausführungen nicht klar geworden.

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW): Es gab in den letzten Jahren immer wieder Diskussionen über eine Herauslösung der Landeszentralen. Dies geschieht nicht. Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, dass die Strukturen so bleiben, wie sie jetzt geplant sind. Da ist keine strukturelle Veränderung geplant.

Natürlich wollen wir uns innerhalb der neuen Landesregierung anschauen – und deshalb hatte ich auch die Themenfelder „jüngere Menschen erreichen“, „Digitalisierung“ etc. erwähnt –, welche Maßnahmen sich bewährt haben, welche Projekte wir fortführen müssen, wie wir neue Zielgruppen erreichen. Das sind die Themen, die uns beschäftigen.

Die Landeszentrale ist eine Gruppe in unserem Haus, und das bleibt sie auch. Daran wird sich nichts ändern. Daran hat sich auch in den letzten Jahren und in den letzten Legislaturperioden nichts verändert. Dahin gehend gibt es auch keine Planung.

Was wir aber wollen, ist, genau diesen Bereich der Extremismusprävention zu stärken und neue Zielgruppen zu erreichen. Es geht also um thematische Stärkung und Profilierung der Landeszentrale. Darüber gibt es Überlegungen, aber die sind noch nicht abgeschlossen. Sobald wir da weiter sind, können wir uns gerne auch in dieser Runde dazu austauschen.

Sven Wolf (SPD): Herr Kollege Wedel, ich habe das verstanden: Die Landesregierung möchte hier noch nicht reden und Antworten geben. Das habe ich verstanden.

Ich danke Ihnen, Frau Staatssekretärin, dass Sie mir die Formulierung des Koalitionsvertrags noch einmal übersetzt haben. Dass keine strukturellen Veränderungen geplant sind, ist ja eine Aussage, die wir im Protokoll wiederfinden werden. Das ist ja auch wichtig, wenn irgendwo Diskussionen anstehen.

Ich will noch einmal darauf eingehen, dass uns in diesem Ausschuss, aber auch im Parlament insgesamt bisher die Jahresplanung für 2023 nicht vorgestellt wurde. Das will ich doch noch mal unterstreichen und anmahnen, dass es, wie ich finde, angemessen wäre, dem Parlament die Jahresplanung der Landeszentrale für politische Bildung vorzutragen.

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW): Zur Vervollständigung: Über die Jahresplanung können wir uns gerne noch austauschen. Wir sind, wie gesagt, noch in dem Prozess, dass wir schauen, welche Maßnahmen sinnvoll sind, welche Projekte sinnvoll sind, was wir ausbauen wollen, was wir verstärken wollen. Dann werden wir das gerne mit Ihnen machen. Da sperren wir als Landesregierung uns auch nicht. Das machen wir sehr gerne.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Frau Staatssekretärin, da würde ich doch gerne noch mal nachfassen. Wir haben jetzt Ende März. Wann können wir im Laufe dieses Jahres die Jahresplanung für die Landeszentrale für politische Bildung erwarten?

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW): Da der Bereich „Extremismusprävention“ und die Beratungsstellen – Sie wissen, dass wir im Mai dazu noch einmal zusammenkommen werden – eine wirklich sehr wesentliche Säule der Arbeit der Landeszentrale darstellen, bitte ich einfach um etwas Geduld. Wir nehmen es mit und versuchen es so schnell wie möglich zusammenzustellen.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, also können wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen. Herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin Türkeli-Dehnert für Ihre Ausführungen und Erläuterungen.

Wie eingangs bereits erwähnt: Der Termin am 11. Mai ist bereits seit längerem vereinbart. Da werden wir sicherlich auf das eine oder andere noch zurückkommen.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

4 „Heißer Herbst“: Hilfe gegen Hass und Hetze

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 18/1666

5 **NRW ist keine Räterepublik: „Bürgerräte“ und andere demokratisch nicht legitimierte Beteiligungsgremien auf Eis legen**

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 18/3310

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Hauptausschuss – federführend – am 9. März 2023)

Klaus Esser (AfD) bezeichnet den Antrag als grundsätzlich diskussionswürdig. Er stamme auch nicht aus seiner Federführung.

Über das Spannungsfeld zwischen Bürgerräten, direkter Demokratie und bürgerlicher Beteiligung auf der einen Seite und einer weiteren Verkomplizierung der ohnehin schon komplexen politischen Abläufe sollte grundsätzlich einmal diskutiert werden. Bereits 2021 habe im Hauptausschuss eine Anhörung zu Klima-Bürgerräten stattgefunden, deren Ergebnisse kontrovers ausgefallen seien.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

6 Gesetz zur Zustimmung zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des WDR-Gesetzes (20. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3063

(Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie an den Hauptausschuss am 9. März 2023)

Vorsitzender Klaus Vossemer weist darauf hin, dass der federführende Ausschuss für Kultur und Medien den Gesetzentwurf in seiner heutigen Sitzung erstmalig zur Beratung aufrufen werde.

Daniel Hagemeier (CDU) plädiert dafür, heute über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD zu.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

7 Schriftliche Anhörung Stiftungsgesetz NRW – StiftG NRW

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1921

Schriftliche Anhörung:
Stellungnahme 18/374
Stellungnahme 18/377
Stellungnahme 18/384
Stellungnahme 18/386
Stellungnahme 18/398
Stellungnahme 18/399
Stellungnahme 18/401

8 **Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag 2021**

Vorlage 18/924

Drucksache 18/3425

(Überweisung an den Hauptausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss am 7. März 2023)

Vorsitzender Klaus Vossemer leitet ein, Vorlage 18/924 enthalte den voraussichtlichen Text der Verwaltungsvereinbarung und stelle seinen wesentlichen Gegenstand und seine wesentliche Begründung dar. Abschnitt II. Ziffer 1 in Verbindung mit Ziffer 3 der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung“ sei hier einschlägig.

Dirk Wedel (FDP) nimmt Bezug auf § 6 Abs. 3 der Verwaltungsvereinbarung: „Die Verfahren des Fachbeirats nach § 2 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 sind nicht öffentlich.“ Besagter § 2 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 liste Aufgaben des Fachbeirats in sehr unterschiedlicher Qualität auf. Er bezweifle die Angemessenheit der pauschalen Einordnung als „nicht öffentlich“. Bezöge sich der Modus „nicht öffentlich“ lediglich auf interne Beratungen, hätte er keine Bedenken. Wäre damit allerdings auch etwa die in § 2 Abs. 1 Nummer 3 genannte Mitwirkung bei der Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrags gemeint, stellte sich die Frage, welche Vorteile dies bringen sollte.

Ihm erschließe sich nicht, warum die Meinungen der Fachleute zu der Evaluierung nicht öffentlich sein sollten. Außerdem stelle sich die rechtliche Frage, ob die aus der Evaluation resultierenden Informationen nach der vorliegenden Verwaltungsvereinbarung noch Gegenstand parlamentarischer Anfragen sein könnten. Weiterhin stelle das, was der Fachbeirat zu der Evaluation beizutragen habe, auch eine Entscheidungsgrundlage für die verfassungsrechtliche Rechtsprechung dar.

Mindestens eine Differenzierung bezüglich der verschiedenen Aufgaben des Fachbeirats halte er hier für geboten. In dieser Form sei die Vereinbarung nicht zustimmungsfähig.

RD Hans-Peter Kahlenberg (IM) erläutert, die Verwaltungsvereinbarung zum Glücksspielstaatsvertrag datiere aus dem Jahr 2021, ihre Wurzeln seien noch älter. Aktuell sollten lediglich die Regelungen der Kostentragung für das Spielersperrsystem OASIS geändert werden. Ursprünglich sollte diese zu der gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder nach Halle wechseln, nun würde sie allerdings aus verwaltungsökonomischen Gründen in Hessen belassen. Aufgrund des nun nicht vollzogenen Wechsels habe dieser Teil der Verwaltungsvereinbarung geändert werden müssen.

Die Kostentragung orientiere sich an einem modifizierten Königsteiner Schlüssel, der Nordrhein-Westfalen zugutekomme.

Hinsichtlich der Fachbeiräte werde das Verfahren angepasst. Mit dem Attribut „nicht öffentlich“ seien die Besprechungen und Beratungen des Fachbeirats gemeint, nicht

aber die gefassten Beschlüsse, Ergebnisse oder im Rahmen der Evaluierung eingebrachte Hinweise. Die unter den Fachleuten – Wissenschaftler oder von den Verbänden entsandte Fachkundige – geführten Beratungen in den Ausschüssen sollten nicht gestört werden und daher nicht öffentlich bleiben. Entscheidungen des Fachbeirats allerdings würden im Nachhinein natürlich veröffentlicht.

9 Verschiedenes

Der Ausschuss einigt sich auf die Durchführung einer Obleuterunde am 30. März 2023, 15:00 Uhr. Dort soll über Termine im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen gesprochen werden.

gez. Klaus Vossemer
Vorsitzender

3 Anlagen

30.03.2023/31.03.2023



Landesservicestelle
für bürgerschaftliches Engagement
Nordrhein-Westfalen

Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement

Wissensträgerin. Lotsin. Vermittlerin.

Düsseldorf, 23. März 2023



Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen



Agenda

- Auftrag und Aufbau
- Aufgaben und Kommunikationswege
- Aktueller Stand, Umsetzungen und Ausblick 2023/2024



Auftrag der Landesserviceestelle

- Pflichtenheft: Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen (Ziel 29)
- **Zentrale Anlaufstelle auf Landesebene**
- **Schaffen von Orientierung und Unterstützung für Engagierte, Vereine, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände**
- **Ziel: Einen Beitrag zur Entlastung von Engagierten leisten – entlang der Ziele der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen**



Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen



Aufbau der Landesservicestelle

- Projektleitung + fünf Mitarbeitende
- Dezentralität: Pro Regierungsbezirk ein Teammitglied
- Arbeit erfolgt im Home Office
- Einmal monatlich Treffen in Düsseldorf zur strategischen Planung



Aufgaben der Landesserviceestelle

Landesserviceestelle als Wissensträgerin, Lotsin und Vermittlerin

- **Ergänzung bestehender Beratungs- und Unterstützungsangebote**
- **Mittlerfunktion (z.B. mit Blick auf Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote sowie kompetente Ansprechpersonen)**
- **Arbeitsschwerpunkte:**
 1. **Kontinuierliche Aufbereitung und Vermittlung von/zu Fördermöglichkeiten und -angeboten**
 2. **Kontinuierliche Aufbereitung rechtlicher Hinweise**

Kommunikationswege der Landesserviceestelle

- Engagement-Portal

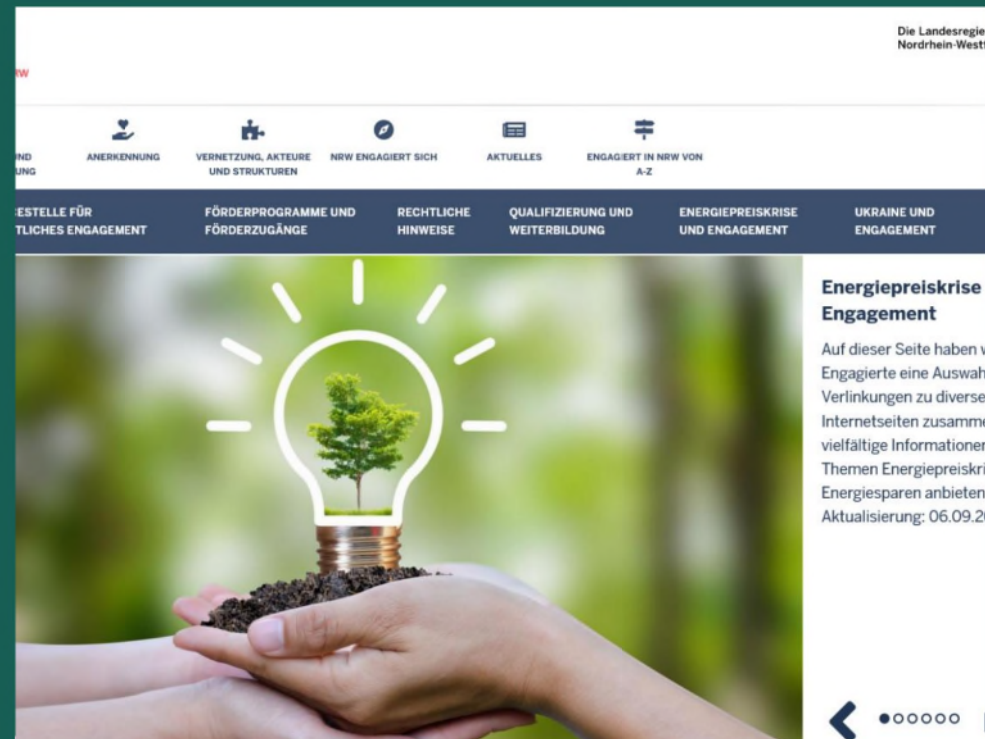
www.engagiert-in-NRW.de

- Engagement-Newsletter

<https://www.engagiert-in-nrw.de/newsletter>

- Flyer

<https://www.land.nrw/broschuerenservice>





Aktueller Stand: E-Mail-Beratung und Servicehotline

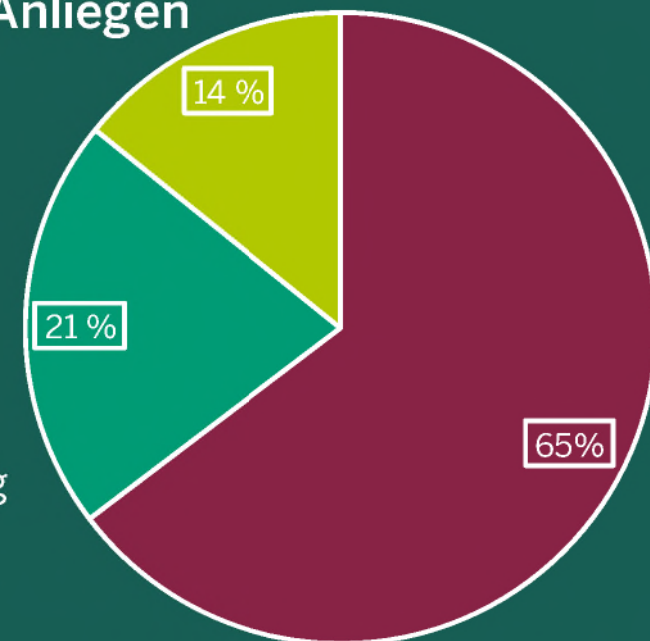
Insgesamt über **630** Anfragen mit über **700** Anliegen

- E-Mail-Beratung seit Anfang 2022
- Servicehotline seit September 2022

■ E-Mail-Beratung

■ Servicehotline

■ Weitere Telefonberatungen



Stichtag: 28.02.2023



Aktueller Stand: E-Mail-Beratung und Servicehotline

Zu welchen Themen wurden Anfragen von Engagierten gestellt?

- zum Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“
- zu rechtlichen Themen (z.B. Vereinsrecht)
- zu potenziellen Fördermitteln
- zu Veranstaltungen und Weiterbildungen



Rückblick: Veranstaltungsreihe „Vom Energiesparen bis zum nachhaltigen Engagement“

- Sieben Veranstaltungen vom 24. Oktober bis 7. Dezember 2022

- **Schwerpunkte**
 - **Energiesparen**
 - **Maßnahmen für mehr Energieeffizienz**
 - **Fördermittel**
 - **Ökologische Nachhaltigkeit**

- **Aufzeichnung aller Vorträge**
- **Insgesamt ca. 9.000 Aufrufe auf den Webseiten zu den Veranstaltungen** Stichtag: 28.02.2023

Rückblick: Veranstaltungsreihe „Vom Energiesparen bis zum nachhaltigen Engagement“

▪ Wen haben wir erreicht?

Engagierte aus zahlreichen Bereichen

- Insbesondere: **Sport**
- Gefolgt von den Bereichen
Kinder & Jugend,
Brauchtum & Heimat,
Umwelt & ökologische
Nachhaltigkeit

- Unter anderem auch erreicht:
Engagierte aus den Bereichen
Antifaschismus und
Antirassismus,
LGBTIQ*,
Tierschutz



Weitere Umsetzungen & Fortschritte

- Netzwerkarbeit & Austausch innerhalb der Engagementlandschaft (z.B. NBE NRW) sowie Zusammenarbeit mit der **Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt**
- Kontinuierliche Erstellung neuer Themenseiten im Engagementportal des Landes **www.engagiert-in-nrw.de**
- Ad-hoc-Themenseiten zu
 - **Ukrainekrieg**
 - **Energiepreiskrise oder**
 - **Erdbeben in türkisch-syrischer Grenzregion**



Ausblick 2023/2024

- Neue digitale Veranstaltungsformate zu Fördermitteln und allgemeinen Rechtsthemen

- Prüfung der Ausweitung des Social Media-Auftritts



Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen



So erreichen uns Engagierte und Engagementinteressierte

• E-Mail

landesservicestelleBE@stk.nrw.de

• Servicehotline

0211 - 837 1677

Servicezeit

Dienstag 12:00 - 14:00 Uhr



Landesserviceestelle
für bürgerschaftliches Engagement
Nordrhein-Westfalen

Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



www.engagiert-in-nrw.de/newsletter



www.engagiert-in-nrw.de/landesserviceestelle



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Klaus Vossemer (Mdl)
Vorsitzender des Hauptausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Sven Wolf (Mdl)

Sprecher des Hauptausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2670
Sven.Wolf@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

10.03.2023

Beantragung eines schriftlichen Berichts für die Sitzung des Hauptausschusses am 23.03.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Hauptausschusses am 23.03.2023 folgenden schriftlichen Bericht:

Wie sieht die Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung aus?

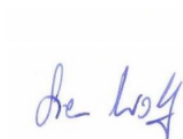
Im Rahmen der öffentlichen Diskussion um die Zukunft der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen gibt es aktuell vermehrt Hinweise und Befürchtungen über Planungen für tiefgreifende Umstrukturierungen bei der Landeszentrale für politische Bildung. Demnach soll insbesondere die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus aus dem Zuständigkeitsbereich der Landeszentrale herausgenommen werden. Auch der Bereich der Erinnerungskultur soll demnach zukünftig nicht mehr in ihren Aufgabenbereich fallen. In diesem Zusammenhang werden große Sorgen darüber geäußert, dass die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung dadurch massiv beeinträchtigt werden und damit eine über Jahrzehnte bewährte Institution der politischen Bildungsarbeit irreparablen Schaden nehmen könnte.

Wir bitten deshalb die Landesregierung in einem schriftlichen Bericht um die Beantwortung folgender Fragen:

- Sind die Hinweise und Behauptungen über die genannten Planungen zu den Umstrukturierungen bei der Landeszentrale für politische Bildung - insbesondere im Hinblick auf die Herauslösung der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus aus ihrem Zuständigkeitsbereich - zutreffend? Wenn ja: Was ist die Begründung für diese Planungen?
- Wie sehen insbesondere die Planungen für die zukünftige Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus aus?
- Wie ist der Sachstand bei den Planungen für den Beirat der Landeszentrale? Wann soll dieser eingesetzt werden und wie soll er zusammengesetzt sein?
- Welche Projektvorhaben hat die Landeszentrale für politische Bildung im laufenden Jahr 2023?
- Welche Planungen gibt es für die zukünftige finanzielle Ausstattung der Landeszentrale für politische Bildung?

Wir regen in diesem Zusammenhang an, für die Diskussion des angeforderten Berichts und zur Vorstellung des Jahresprogramms Vertreter der Landeszentrale für politische Bildung in den Hauptausschuss einzuladen.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Wolf

Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW

Perspektiven, Ziele, Vernetzungsmöglichkeiten

*Dr. Silke Eilers, Stephanie Krause und Jochen Beuckers
Sprecherinnen und Sprecher NBE NRW*

Hauptausschuss des Landtags, 23. März 2023

Engagementstrategie für das Land NRW – die Basis



Foto/ © Land.NRW

Zentrale Projekte in Umsetzung:

- Landesservicestelle
- Förderprogramm 2.000 x 1.000 Euro
- Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote
- landesweites Engagementnetzwerk

Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW – Netzwerk der Netzwerke



Foto/ Andrea Bowinkelmann

Einmalig in der Geschichte des Landes!

- unabhängiges, spartenübergreifendes Sprachrohr für alle Engagierten im Land
- gemeinsam, statt Partikularinteressen
- Vernetzung der lokalen, regionalen und Landesebene
- landesweiter Erfahrungsaustausch und Ideentransfer

Das Herzstück des Netzwerks – die Mitglieder

Bereits rund 70 Mitgliedsorganisationen aus Sport, Kultur, Wohlfahrtspflege, Kirchen, Stiftungen, kommunalen Verwaltungen und die Staatskanzlei

- Netzwerke und Organisationen mit landesweiter Relevanz für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements
- Kooperationsvereinbarung zur Mitgliedschaft
- Vertretung in der Vollversammlung als zentrales Gremium
- aktiv gestaltende Rolle bei der Umsetzung der Jahresplanung
- nach Möglichkeit eigene Ressourcen in die Arbeit des Netzwerks einbringen
- respektvoller und offener Dialog

Stimme des Netzwerks – das Team der Sprecher*innen



Foto/ © Land.NRW

- siebenköpfiges multiprofessionelles Team aus unterschiedlichen Engagementfeldern
- bildet die Vielfalt der Engagementlandschaft ab
- vertritt das Netzwerk nach innen und außen
- wird von der Vollversammlung gewählt

Interaktive Austauschformate – Regionaltreffen und Arbeitsgruppen

Regionaltreffen: Vernetzung in den Landesteilen fördern

- regelmäßig durchzuführende moderierte Treffen
- Zielgruppe: Engagierte, Initiativen, Vereine und Träger bürgerschaftlichen Engagements vor Ort
- Belange, Ideen und Bedarfe der lokalen und regionalen Ebene einbringen

Arbeitsgruppen: Themenfelder gemeinsam bearbeiten

- AG „Entbürokratisieren, rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Förderung engagementfreundlich gestalten“
- AG „Engagementlandschaft koordinieren und vernetzen“
- AG „Engagement in verschiedenen Lebensphasen ermöglichen“
- AG „Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen erfolgreich gestalten“
- AG „Teilhabe für alle ermöglichen – Vielfalt anerkennen“

Gemeinsam für eine starke Zivilgesellschaft – NBE NRW im Dialog mit der Politik

Wünschenswert wären:

- ein regelmäßiger Austausch und die Suche nach tragfähigen Lösungen
- ein partnerschaftliches Verhältnis
- die beratende Einbeziehung des Netzwerks in engagementpolitische Willensbildung und Entscheidungsfindung
- eine gemeinsame Strategieentwicklung

Vielen Dank!

Netzwerk bürgerschaftliches Engagement NRW

Hubertusstr. 5

40219 Düsseldorf

kontakt@nbe-nrw.de

www.nbe-nrw.de